

Berlin, 17. November 2025

Pressemitteilung

30 Millionen Euro jährlich für dezentrales soziales Netzwerk Fediverse - Bündnis „Offene Netzwerke und demokratische Öffentlichkeit. Dezentral, souverän und fürs Gemeinwohl!“ erneuert vier Forderungen anlässlich des „Europäischen Gipfels für Digitale Souveränität“

Anlässlich des morgigen „Europäischen Gipfels zur Digitalen Souveränität“ in Berlin erinnert das Bündnis “Offene Netzwerke und demokratische Öffentlichkeit.” Präsident Emmanuel Macron, Bundeskanzler Friedrich Merz und EU-Kommissarin Henna Virkunnen, an seine vier Forderungen mit denen echte digitale Souveränität für Europa gesichert werden kann.

Nicht nur reden, sondern politische Maßnahmen für gemeinwohlorientierte digitale Infrastrukturen umsetzen:

Aktuell wird in der europäischen Debatte um digitale Souveränität die Aufmerksamkeit auf supranationale Ansätze, wie die verschiedenen Eurostacks gesetzt. Das Bündnis schlägt eine konzeptionelle Erweiterung der öffentlichen und politischen Debatte zum Thema vor. Um digitale Souveränität für unsere Gesellschaft und alle BürgerInnen in Europa zu ermöglichen und umzusetzen, braucht es staatliche Investitionen in gemeinwohlorientierte, offene und dezentrale digitale Infrastrukturen. Dank solcher Förderung entstehen nachhaltige und flächendeckend genutzte Alternativen zu Monopolen. Diese reduzieren Abhängigkeiten, sichern Gestaltungs- und Entscheidungshoheit und machen Europa digital souverän. Deswegen brauchen ernstgemeinte Bemühungen um Souveränität auch ambitionierte Investitionen in Infrastrukturen, die zur Wahrung von digitaler Selbstbestimmung, zur Stärkung des europäischen Wirtschaftsstandortes und zu größtmöglicher Unabhängigkeit von proprietären Gatekeepern außerhalb europäischer Rechtsordnungen beitragen. Wir rufen die Amts- und MandatsträgerInnen in Deutschland, Frankreich und der EU dazu auf, zur Stärkung des europäischen Wirtschaftsstandortes kohärente Maßnahmen zu beschließen, um die gemeinwohlorientierten digitalen Infrastrukturen als Basis für unsere digitale Souveränität zu verankern.

„Wir brauchen echte Lösungen,“ so Sandra Barthel vom Verein Digitale Gesellschaft, die das Bündnis initiiert hat. „Wer den europäischen Wirtschaftsstandort absichern möchte, sollte nachhaltige öffentliche Investitionen in digitale Infrastrukturen umsetzen, die von allen europäischen BürgerInnen genutzt werden können. Mit diesen Mitteln müssen auf europäischer und nationalen Ebenen offene Netzwerke für demokratische Öffentlichkeiten unterstützt und weiter aufgebaut werden. Diese Infrastrukturen müssen dezentral, souverän und gemeinwohlorientiert sein“.

Die Forderungen des Bündnis sind:

1. Fediverse Fund für nutzendenzentrierte Weiterentwicklung in Höhe von 30 Millionen Euro jährlich
2. Verankerung des Plus1-Prinzips für die Arbeit der Bundesregierung und öffentliche Institutionen
3. Anerkennung der Gemeinnützigkeit im Bereich dezentrale digitale Infrastruktur, dadurch Rechtssicherheit herstellen
4. Etablierung dezentraler, interoperabler und sektorenübergreifender paneuropäischer multilingualer Medienplattformen unter Einbindung der Zivilgesellschaft von Beginn an

Mit der Umsetzung der vier Forderungen könnten die deutsche und französische Bundesregierung sowie die Europäische Kommission bereits jetzt bestehende europäische Alternativen nachhaltig unterstützen. Jede dieser Forderungen trägt dazu bei, dass EuropäerInnen sich unabhängig informieren und austauschen können, um selbstbestimmt die digitale Zukunft in ihre Hände zu nehmen, so das Bündnis.

Bündnis “Offene Netzwerke und demokratische Öffentlichkeiten”

Das Bündnis “Offene Netzwerke und demokratische Öffentlichkeiten” hat sich anlässlich des Europäischen Gipfels für Digitale Souveränität zusammengefunden. Unsere Forderungen fokussieren sich auf dezentrale Infrastrukturen, sei es im Bereich freier Software oder im offenen Wissensaustausch Architekturen für unabhängige soziale Netzwerke und dezentrale europäische Medienangebote. Alle diese gemeinwohlorientierten digitalen Infrastrukturen ermöglichen demokratische Öffentlichkeiten. Die Forderungen vereinen unsere Blickwinkel und können bei politischer Umsetzung die Etablierung echter digitaler Souveränität für alle Menschen in Europa ermöglichen.

Das Bündnis wird aktuell von 26 Organisationen und Initiativen getragen :

- Digitale Gesellschaft e.V.
- Save Social - Networks For Democracy
- Zentrum für Digitalrechte und Demokratie
- D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt
- Mastodon gGmbH
- Innovationsverbund Öffentliche Gesundheit
- Cultural Broadcasting Archive - cba.media
- DisplayEurope.eu
- Newsmast Foundation
- IFTAS – federated trust and safety
- Verband Freier Rundfunk Österreich
- Free Software Foundation Europe
- Krytyk Polityczna
- Fairkom
- Wikimedia Deutschland
- Wikimedia Österreich
- Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e. V. (FifF)
- Bundesverband Smart City
- Bits & Bäume Berlin
- Nexcloud
- Netzbegrünung
- Anoxinon e.V.
- King Konsult | Kommunikation
- kleindatenverein
- Topio e.V.
- Datenpunks e.V.

Das Bündnis ist am morgigen Gipfel mit mehreren Teilnehmenden der unterstützenden Organisationen vor Ort. Für Interviewanfragen stehen wir zur Verfügung.

Kontakt: Sandra Barthel
Telefon: 0170/8459925

Das Video zur Pressekonferenz, das Forderungspapier (deutsch, englisch, französisch) sowie weitere Informationen zur Kampagne finden sich auf der Website www.offene-netzwerke.eu Für Rückfragen und Interviewanfragen an das Bündnis oder einzelne Personen oder Organisationen bitte melden bei Sandra Barthel: presse@offene-netzwerke.eu.